WLZ

Zeitschrift der GEW Wiesbaden

Nr. 1 / März 2014

32. Jahrgang

Inhalt

2 Nachruf für Ute Harlos

3 Kommentar: Saurer Wein in grünen Schläuchen?

4 Herrliches Hessen

Friede den Schulen - Krieg den Lehrkräften?

5 Petition: Zusammenlegung von Abendgymnasium und Hessenkolleg

6 Wir brauchen einen Zehnjahresplan

7 Mitgliederversammlung 2013

8 Inklusion und Exklusion

9 Kommentar: Das schmeckt mir nicht

10 Meine Klasse und ich - Inklusion live

12 Schulleben einer Türkischlehrerin

14 Uran und PFT im Trinkwasser

Veranstaltungshinweis: Fit für den Arbeitsplatz Schule

15 Ausbildungsmesse 2014

Ostermarsch

16 Drivin September

EBS-Casting auf der Titanic, da geht man unter!

Evolushen Kabarett: Jugend lohnt sich das?

Impressum:

Wiesbadener Lehrer- und Lehrerinnenzeitung.

Herausgeber ist die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Wiesbaden; Gneisenaustraße 22, 65195 Wiesbaden, Tel: 0611/406670, EMail: info@gew-wiesbaden.de; www.gew-wiesbaden.de;

Redaktion: Arnold Spellerberg (Texte), Thomas Eilers (Gestaltung), Katja Plazikowsky, Marion Beste

Fotos: Thomas Eilers(Seite 8 und 15), Ulrike Teske-Spellerberg (Seite 16), Alexander Spohr (Seite 16)

Druck: wfb Wiesbaden-Rheingau-Taunus, Werkstätten für behinderte Menschen, Tel. 0611.1749-312;

Nachruf
Zur Erinnerung an Ute Harlos

Ute Harlos verstarb am 04.02.2014 nach schwerer Krankheit im Alter von nur 56 Jahren. Ute hatte ein kurzes, aber erfülltes Leben: Sie hat gelebt für ihre Familie, ihre Freundinnen und Freunde, die Musik, vielfältige weitere Interessen und natürlich für ihren Beruf als Lehrerin.

Innerhalb der GEW hat Ute deutliche Spuren hinterlassen. 2004 wurde sie in den Kreisvorstand Wiesbaden und in den Gesamtpersonalrat gewählt, dessen stellvertretende Vorsitzende sie von 2010 bis 2012 war.

Im Kreisvorstandsteam mit Christina Gerhardt, Michael Zeitz und Thomas Eilers hat sie lange Zeit die Geschicke des Kreisverbands gelenkt und geleitet. Dabei war es ihr ein Bedürfnis, möglichst viele Mitglieder zur aktiven Mitarbeit in der GEW zu motivieren. Engagiert und zuverlässig hat sie die inhaltliche Arbeit der Fachgruppe Grundschule vorangetrieben und gehörte auch dem Vorstandsteam der Landesfachgruppe Grundschule an.

„Ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen." Diese Zeilen aus dem Johannesevangelium hat sich Ute als junger Mensch zu ihrer Konfirmation ausgesucht. Die Familie setzte diese Zeilen auch über Utes Todesanzeige.

Dieser Spruch hat Ute ein Leben lang begleitet und genau so erlebten wir sie auch in ihrer politischen Arbeit: klar, geradeaus, unerschrocken und immer an der Wahrheit interessiert.

Politische Halb- und Unwahrheiten waren ihr daher zuwider. Sie deckte politische Missstände auf und mischte sich ein. Uns wird in Erinnerung bleiben, wie sie unbeirrt durch Widerstände und Rückschläge für Chancengleichheit im Bildungswesen und für gute Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte eingetreten ist. Dabei ist sie nicht als wütende Kämpferin aufgetreten, sondern hat ihre Anliegen immer deutlich und klar formuliert, oft unterstrichen durch kreative Aktionen und gewürzt mit einer Prise Humor.

In den letzten Jahren, die doch sehr geprägt waren von Sorgen und Krankheit, handelte sie nach der Devise „Nicht dem Leben mehr Jahre geben, sondern den Jahren mehr Leben!" Sie schaffte es immer wieder, sich kleine Fluchten zu schaffen und das Leben zu genießen – eine ungeheure Resilienz, Mut machend für andere...

Utes früher Tod hat uns sehr nachdenklich gemacht. Sie hinterlässt in unseren Reihen eine große Lücke. Wir werden versuchen, ihre Ideen und Vorstellungen innerhalb der GEW in ihrem Sinne weiterzuführen.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Der Kreisvorstand Wiesbaden

Kommentar

Saurer Wein in grünen Schläuchen?

Neue Landesregierung in Hessen

Für manchen überraschend hat das Ergebnis der Landtagswahl nicht zu dem erhofften „Politikwechsel", sondern zur Bildung einer schwarz-grünen Landesregierung geführt. Wir sind der Ansicht, dass die Gewerkschaften in Hessen mit dieser Regierung in eine noch schwierigere Situation geraten sind, als es zuvor mit der schwarz-gelben Regierung der Fall war. Unsere Ansicht möchten wir mit drei Überlegungen verdeutlichen.

Erstens. In der Folge der letzten Bundestagswahl und der letzten Landtagswahl ist der SPD ihr letzter Koalitionspartner im Fünfparteiensystem abhanden gekommen. Rot-grün, das eine Art von strategischer Machtoption dargestellt hat, dürfte vorbei sein. Dies nicht zuletzt deswegen, weil „Bündnis 90/Die Grünen" nicht mehr länger darauf warten wollen, bis es zusammen mit der SPD vielleicht noch irgendwo im Land für eine Regierungsbildung langt. Das dürfte zur Folge haben, dass die SPD bzw. die SPD-Parteirechte in Zukunft versuchen wird, überall und immer in großen Koalitionen unterzukommen, um überhaupt noch eine Chance auf Machtbeteiligung zu haben. Dieser politische Kurs trägt jedoch nicht dazu bei, die Vorherrschaft des Rechtskonservativismus in der Bundesrepublik zu brechen. Das aber wäre auch aus gewerkschaftlicher Sicht ein strategisches politisches Ziel. Die SPD hingegen wird durch große Koalitionen den Rechtskonservativismus weiter an der Macht halten. Es ist natürlich sehr pikant, dass in Hessen derselbe Rechtskonservativismus mit Hilfe grüner Steigbügelhalter im Sattel bleibt.

Zweitens. Die neue hessische Landesregierung befindet sich in direkter Gegnerschaft zu den Gewerkschaften. Das zeigt der Koalitionsvertrag. Schwarz-Grün lässt die hessischen Beamtinnen und Beamten bei der Arbeitszeitverkürzung im wahren Sinne weiter zappeln. Statt der tarifvertraglich in Hessen vereinbarten Vierzigstundenwoche gibt es für sie eine Wochenarbeitszeit von immer noch 41 Stunden – und das erst ab 2017. Dabei ist es die Frage, ob und inwieweit sich diese Reduzierung überhaupt auf die Wochenpflichtstunden der Lehrerinnen und Lehrer auswirken wird. Schwarz-Grün möchte nicht in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehren. Stattdessen fordert man die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes heraus, indem man nach Gutsherrenart Besoldungs- und Tarifpolitik betreiben will. Es soll 2015 überhaupt keine Gehaltserhöhungen mehr geben. Ab 2016 sollen die Gehälter nur mehr um 1% pro Jahr steigen. Eine solche „Tarifpolitik" läuft auf einen kalkulierten Reallohnverlust hinaus. Die Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen sollen es ausbaden, dass in die Verfassung des Landes Hessen – mit schwarz-gelb-grün-roter Unterstützung – eine „Schuldenbremse" eingeführt wurde. Die schwarz-grüne Regierung meint nun, diesen Kurs gegenüber den Bediensteten des Landes und natürlich insbesondere gegenüber den Beamtinnen und Beamten durchsetzen zu können. Es ist Sache der Beschäftigten des Landes, deutlich zu machen, dass dies nicht widerstandslos der Fall sein wird. Es ist Sache der Gewerkschaften in Hessen, gegenüber einer solchen Regierungspolitik in der Frage der Arbeitszeit und in der Frage der Tarif- und Besoldungspolitik die Auseinandersetzung öffentlich und mit den gewerkschaftlichen Mitteln zu führen.

Drittens. Zur Frage einer Auseinandersetzung mit der schwarz-grünen Regierung verdient ein Bericht unsere Aufmerksamkeit, den die „Frankfurter Rundschau" am 2.1.2014 veröffentlicht hat. Ulrich Battis, ein emeritierter Rechtsprofessor, hat sich in einem für die GEW erstellten Gutachten mit der Besoldungspolitik des Landes Rheinland-Pfalz auseinandergesetzt. In unserem Nachbarland soll die „Besoldungsregelung" für die Beamtinnen und Beamten in den nächsten Jahren in einer ganz ähnlichen Weise erfolgen, wie es nun in Hessen vorgesehen ist. Battis hält das für eine Ungleichbehandlung der Beamten gegenüber anderen Gruppen der abhängig Arbeitenden. Er spricht davon, dass den Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz ein „verfassungswidriges Sonderopfer" abverlangt werde. Die Regierungspläne in Hessen bewertet Battis noch deutlicher. Der „Frankfurter Rundschau" sagte er: „Im hessischen Koalitionsvertrag ist es (also das „verfassungswidrige Sonderopfer") besonders krass ausgedrückt … Von vornherein sind nur die Beamten bei der Gehaltsentwicklung ausgenommen."

Wir erinnern uns daran, dass für ein Beamtenverhältnis in Hessen vor allem § 69 Satz 1 Hessisches Beamtengesetz maßgeblich ist. Dort ist von dem Beamtenverhältnis als einem „besonderen Dienst- und Treueverhältnis" die Rede. Das „besondere Dienst- und Treueverhältnis ist indes ein wechselseitiges Verhältnis, das den Dienstherrn wie auch den Beamten oder die Beamtin bindet. Dem Dienstherrn obliegt etwa eine „Fürsorgepflicht" gegenüber den Beamten. Der Dienstherr ist nach dem Grundgesetz zu einer amtsangemessenen Alimentation verpflichtet. Er hat den Beamten und seine Familie lebenslang „angemessen zu bezahlen". Das alles hat Professor Battis ebenfalls hervorgehoben.

Wenn nun das Land Hessen ein „hessisches Sonderopfer", ein hessisches Sonderrecht für seine Beamtinnen und Beamten schafft, so kündigt es das „besondere Dienst- und Treueverhältnis" seinerseits und einseitig auf. Das Land Hessen macht deutlich, dass es sich gegenüber den Beamtinnen und Beamten nicht mehr als „Dienstherr", sondern als Arbeitgeber verhalten will. Das freilich bedeutet, dass zum Schutz der hessischen Beamtinnen und Beamten und in ihrem Konflikt mit einem Arbeitgeber die Bestimmungen des Artikels 29 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 4 der Verfassung des Landes Hessen wichtig werden. Diese Bestimmungen sind von einer wünschenswerten Klarheit. Sie sichern jedem abhängig Beschäftigten in Hessen das Streikrecht zu, „wenn die Gewerkschaften den Streik erklären". Wir werden gut daran tun, uns bei einem möglichen Konflikt mit dem schwarz-grünen Arbeitgeber an diese sehr freiheitlichen Bestimmungen der Hessischen Verfassung zu erinnern.

Arnold Spellerberg

Herrliches Hessen: Märchenland des Königs Volker

Es war einmal ein König, den wollte sein Volk nicht mehr haben. Da ging er in einen noch nicht abgeholzten Wald und legte seine Leimruten aus. Er hoffte, jemanden zu finden, der ihm seine Herrschaft sichern würde. Er sagte: „Wir brauchen weniger Streit und mehr Frieden. Wir brauchen Schulfrieden. Es kann sein, dass der andere, mein Feind von gestern, vielleicht doch recht hat.“ Und richtig – es kamen grüne Männlein und Weiblein durch den Wald, die sahen die Leimruten und krochen darauf. Der König sicherte sich mit ihrer Hilfe seinen Thron und regierte Land und Leute weiter. Da ging er hin, holte seinen alten Stahlhelm aus dem Schrank, den er dort versteckt hatte, und veranlasste seine Landtagsfraktion, einen neuen schulpolitischen Sprecher zu wählen. Das war der Herr Irmer aus Wetzlar. Er hatte eine Zeitlang im Verborgenen leben müssen, solange die grünen Männlein und Weiblein noch nicht eingefangen waren. Jetzt trat er wieder in die erste Reihe der Gefolgsleute seines Herrn. Er nahm den Stahlhelm, setzte ihn auf und den Schulfrieden fort. Er wusste aus seiner großen Erfahrung, wie das geht, denn er hatte dem Ministerpräsidenten (pardon, dem König) schon lange treu gedient. Da hatte er die Feinde seines Herrn mit Krieg überzogen: die sozialistischen Schulpolitiker, die linken Systemveränderer, die Homosexuellen, die Asylmissbraucher, die Eindringlinge in die Sozialsysteme, ja, und ganz besonders die Muslime. Auch die grünen Männlein und Weiblein hatten unter seinem Beschuss gelegen. Jetzt aber riefen sie alle mit ihm zusammen nach dem Schulfrieden. Und wenn sie nicht gestürzt worden sind, so regieren sie noch heute. Wozu Leimruten alles gut sind. (as/Red.)

Friede den Schulen, Krieg den Lehrkräften?

Anmerkungen zum schwarz-grünen Koalitionsvertrag

Die neue hessische Regierung kündigt nach Jahrzehnten des „Kampfes um das Schulsystem“ einen sogenannten „Schulfrieden“ an. Was positiv klingt, heißt nichts anderes, als dass sich die Politik ihrer Verantwortung entzieht, nach einem unter gesellschaftspolitischen und pädagogischen Aspekten bestmöglichen Bildungssystem zu streben. Dies ist eine Kapitulation vor verschiedenen durchsetzungsfähigen Elternlobbys, führt zu einer Zersplitterung des Schulsystems und verlagert konfliktträchtige Entscheidungen auf die lokale Ebene, was für die jeweilige Schule alles andere als „Frieden“ bedeutet. Ein Beispiel dafür ist die erweiterte Wahlfreiheit für die Umstellung vom 8-zügigen auf den 9-zügigen gymnasialen Bildungsgang. Statt flächendeckend auch die aktuellen Jahrgänge 5 und 6 in G9 zu überführen, ist die Umstellung nur möglich, wenn die Schulkonferenz dies beschließt und anonyme Elternbefragungen dazu einstimmig ausfallen. Es lässt sich unschwer ausmalen, wie viel Konfliktpotenzial diese unausgegorene Regelung birgt.

Immerhin lassen einige Aussagen des Koalitionsvertrages mit vorsichtigem Optimismus auch auf Verbesserungen hoffen:

Die Lehrerzuweisung soll auf dem aktuellen Niveau von schöngerechneten 105 % bleiben und auch die sogenannte „demografische Rendite“ durch den er-

warteten Rückgang der Schülerzahlen um 6 - 8% bis 2019 soll im Bildungssystem bleiben. Mit den frei werdenden Stellen soll insbesondere die „Bildungs- und Betreuungsgarantie“, ein freiwilliges Ganztagsangebot vor allem für Grundschüler, finanziert werden. Das Land will dabei allerdings nur für den Zeitraum von 07:30 Uhr bis 14:30 Uhr aufkommen. Wie die chronisch klammen Kommunen die Zeit bis 17:00 Uhr und Angebote in den Ferien abdecken sollen, bleibt offen.

Grundsätzlich positiv ist die Absicht der Koalition, den Übergang von der Schule ins Berufsleben durch bessere Beratung und verstärkte Förderung leistungsschwacher Schüler zu optimieren.

Erfreulich ist auch, dass die Voraussetzungen für Inklusion verbessert werden sollen und dass Förderschullehrer, wie von der GEW gefordert, nun doch wieder fest in die Kollegien der Regelschulen integriert werden sollen. Verwässert wird das Bekenntnis zur Inklusion aber wieder dadurch, dass „dort, wo es von Eltern gewünscht wird“, das Förderschulsystem weiterentwickelt werden soll.

Als weiterer Erfolg massiver Protestaktionen kann schließlich die geplante Abwicklung des bürokratischen Wasserkopfes „Landesschulamt“ gewertet werden. Schade nur, dass Aufbau und „Abriss“ viel Geld verschwenden.

Während der Koalitionsvertrag im Bereich Bildung Licht- und Schattenseiten aufweist, steckt im Abschnitt „Nachhaltige Finanzpolitik“ eine klare Kampfansage gegen alle Landesbeamten. Nach Gutsherrenart wird für 2015 eine Nullrunde und danach eine „Besoldungssteigerung“ von jährlich 1% verfügt. Für die Dauer der Legislaturperiode summiert sich dies bei moderater Inflation auf einen Reallohnverlust von rund 6 %! Zu allem Überfluss sollen auch noch die „Standards der Beihilfe angepasst“, sprich verschlechtert werden. Als Gipfel der Benachteiligung bleibt den Beamten die 40-Stundenwoche der Tarifbeschäftigten weiter vorenthalten – erst 2017 ist eine magere Reduzierung von 42 auf 41 Stunden geplant.

Während die Wirtschaft brummt, in Tarifverhandlungen ordentliche Lohnzuwächse erzielt werden und die Steuereinnahmen sprudeln, sollen die Vorgaben der Schuldenbremse einseitig durch Sonderopfer der Beamten erreicht werden. Die GEW ist seit langem der Auffassung, dass auch verbeamtete Lehrkräfte streiken dürfen. Wenn das Land darauf beharrt, seine Rolle des „fürsorglichen“ Dienstherren aufzugeben, und wenn es zum schlechten Arbeitgeber mutiert, bleibt nur der Arbeitskampf!

Michael Zeitz

Petition: Zusammenlegung von Abendgymnasium und Hessenkolleg

Die Zusammenlegung der beiden Wiesbadener Schulen des zweiten Bildungsweges ist seit Jahren in Planung und wurde uns mehrmals in Aussicht gestellt. Sie wurde jedoch aus Gründen, die für uns nicht nachvollziehbar sind, stets auch wieder abgewiesen - jüngst im Sommer 2013. Deshalb haben wir, die SV-Leitung des Wiesbadener Abendgymnasiums und des Hessenkollegs, diese Petition ins Leben gerufen, um endlich eine Zusammenlegung beider Schulen in dem Gebäude des Hessenkollegs in der Alexandrastraße 6-8 zu erreichen.

Der baufällige Zustand der gegenwärtigen Gastschule, in der das Abendgymnasium Wiesbaden untergebracht ist (Brunhildenstraße 140), macht einen Umzug erforderlich. Abendgymnasium und Hessenkolleg haben bereits jetzt eine gemeinsame Schulleitung und Lehrkräfte, die seit Jahren schulübergreifend eingesetzt werden. Eine Zusammenlegung beider Schulen in der Alexandrastraße ist die einzig sinnvolle Konsequenz, um eine für alle Beteiligten einfachere und gedeihliche Kooperation zu erreichen. Es wäre natürlich auch kostengünstiger, wenn man an einem Standort für beiden Schulen arbeitete. Schließlich ist zu erwähnen, dass durch die Zusammenlegung von Abendgymnasium und Hessenkolleg die größte Anlaufstelle für Erwachsenenbildung innerhalb Hessens entstünde.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie sich solidarisch zeigen, und sich mit Ihrer Unterschrift für unser Anliegen starkmachen. Vielen Dank.

Durch folgenden Link kommen Sie zu unserer Onlinepetition, wo sie sich eintragen können und weitere Informationen erhalten: https://www.openpetition.de/petition/online/die-oertliche-zusammenlegung-der-beiden-wiesbadener-schulen-fuer-erwachsenenbildung.

Manuel Kunst (SV Abendgymnasium)

Peter Eickelmann
Kerschnsteiner-schule

Siegfried Huhle
Huhle Stahl- und Metallbau GmbH

Anita Hebenstreit,
Hessisches Sozialministerium

W.Sonnek
IHK Wiesbaden

Spitz
Bodelschwingh-schule

Barbara Cardenas,
Die Linke

Wolfgang Greilich
FDP

Ernst-Ewald Roth
SPD

Dr. Manon Tuckfeld
CvO

Klaus Ring
FRESCO e.V.

Heiner Brülle
Amt für Soziale Arbeit

Carola Voelkel
Agentur für Arbeit

R.Volland
Wiesbadener Jugendwerkstatt

Horst Böhme
HKM - EIBE Geschäftsstelle

„Wir brauchen einen Zehnjahresplan statt ständigen Nachbesserns ...

... Wir müssen schon in den Kindergärten und den Grundschulen ansetzen. Wir hätten gerne gut ausgebildete Jugendliche mit sozialen Kompetenzen. Diese müssen schon früh vermittelt werden", forderte Kreishandwerkermeister Siegfried Huhle, Geschäftsführer der Huhle Stahl- und Metallbau GmbH, auf dem 8. Wiesbadener Bildungsgespräch der GEW.

Hinsichtlich des Ausbaus von Konzepten zur Sicherung einer Bildungszukunft junger Menschen mit geringen oder keinen Chancen im Bildungsland Hessen möchte die GEW Wiesbaden mit möglichst vielen Beteiligten und Interessierten ins Gespräch kommen.

Die derzeitigen Entwicklungen im Berufsschulbereich (Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung, EIBE in der nächsten Förderperiode des ESF, Migrationsproblematik, neue Struktur der zweijährigen Berufsfachschule) geben Anlass zu großer Sorge:

Wurden unter den Kultusministern Christean Wagner, Hartmut Holzapfel, Karin Wolf, Jürgen Banzer und Dorothea Henzler für die Erarbeitung neuer Konzepte noch Kolleginnen und Kollegen aus der Praxis beteiligt, blieb die konstruktive Zusammenarbeit spätestens mit der Amtszeit von Nicola Beer auf der Strecke. Zu wünschen wäre, dass der „neue" Kultusminister mehr Augenmerk auf pädagogische Arbeit als auf Sparpolitik richtet.

Gerne hören wir die Absichtserklärungen aus dem HKM. Auf der EIBE-Jahrestagung im November verkündete Herr Wolf, dass es ein Nachfolgeprojekt für EIBE und SchuB gebe. Zur Förderung von Flüchtlingen und Migranten sei eine zusätzliche ESF-geförderte Maßnahme ge-plant.

Da die ESF-Gelder jedoch erst ab Januar 2015 freigegeben würden, wären die genauen Förderschwerpunkte noch nicht benannt. An dieser Stelle fragt sich die GEW: Wer wird an der Konzeptarbeit beteiligt und wann soll dieses Projekt in Angriff genommen werden?

In der Koalitionsvereinbarung findet sich als Zielvorgabe lediglich die Erhöhung der Zahl von Schülerinnen und Schülern mit Abschlüssen im Rahmen der SchuB-Maßnahme.

Die Förderung von benachteiligten jungen Menschen endet jedoch nicht nach dem 9. oder 10. Schuljahr mit der Vergabe eines Schulabschlusses, stattdessen steigt die Zahl von Schülerinnen und Schülern ohne Hauptschulabschluss aus den allgemeinbildenden Schulen von Jahr zu Jahr an. Was soll aus diesen jungen Menschen werden, fragen wir uns.

Soll dies etwa alles sein, was das HKM zum Thema Übergangssystem zur Berufsvorbereitung zu bieten hat?

Im Ministerium sollte dringend darüber nachgedacht werden, erfahrene Pädagogen bei den anstehenden Aufgaben ins Boot zu holen. Nur dann kann eine an den Schülerinnen und Schülern orientierte Neugestaltung des Übergangs zwischen Schule und Beruf gelingen.

Fachgruppe Berufsschulen

Mitgliederversammlung 2013
Neuer Kreisvorstand gewählt

Alle Jahre wieder, nein, alle zwei Jahre organisiert der Kreisvorstand eine Mitgliederversammlung mit den erforderlichen Wahlen, einer Überraschung, leckerem Essen, mit der Ehrung langjähriger Mitglieder und zur Auseinandersetzung mit aktuellen bildungspolitischen Themen. Im September 2013 war es wieder soweit, über 60 Mitglieder kamen ins „Cafe Fresko“ in die Kerschensteinerschule.

Die Kreisvorsitzenden Michael Zeitz und Christine Dietz moderierten den Abend, Christina Gerhardt trug den Tätigkeitsbericht des Kreisvorstandes vor. Sie verwies insbesondere auf die Bildungsgespräche der GEW, die mittlerweile eine fest etablierte Einrichtung in Wiesbaden sind. Von den insgesamt sechs Bildungsgesprächen, die bis September 2013 stattgefunden haben, seien nur noch einmal die Themen erwähnt: *Inklusion, Schulen brauchen starke Personalräte, ADHS, G 8/G 9: „Wer die Wahl hat, hat die Qual“, Grundschule und Hort, PPP (Public Private Partnership).*

Besondere Aktivitäten der Wiesbadener GEW, die Christina Gerhardt erwähnte, waren der eintägige Bildungsstreik am 17.11.2011, die bisher letzte Arbeitsniederlegung der hessischen GEW, so wie die Beteiligung an Demonstrationen etwa zum Protest gegen die schleppende oder ausbleibende Schulsanierung oder gegen das damals geplante Kinderförderungsgesetz oder zur Kontroverse um G 8 oder G 9 an den Gymnasien.

Schließlich konnte auf das besonders gute Ergebnis der GEW bei der Wahl des Gesamtpersonalrats 2012 hingewiesen werden. Die unermüdliche Arbeit des Kreisvorstandsmitglieds Joachim Barth in Sachen der European Business School (EBS) blieb ebenfalls nicht unerwähnt.

Durch die Wahlen für den Kreisvorstand wie auch durch die Delegiertenwahlen (Bezirks- und Landesdelegiertenversammlung) führte uns mit großem Humor und mit bewährter Souveränität Peter Eickelmann.

In den Kreisvorstand wurden gewählt:

Christine Dietz (Grundschule, Junge GEW), Christina Gerhardt (Förderschule, Rechtsberatung), Michael Zeitz (Gymnasium). Diese drei KollegInnen bilden das Kreisvorstandsteam. Weitere Mitglieder des neuen Kreisvorstands sind Thomas Eilers (WLZ, Geschäftsführung), Matthias Bender (Kreisrechner), Sigrid Rohleder (Inklusion), Annette Franz (Grundschule, Mitgliederverwaltung), Katja Plazikowsky (Förderschule, Inklusion), Hasan Bilge (Herkunftssprachlicher Unterricht), Uta Knigge (Berufsschule), Uli Horbrügger (Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand, Berufsschule), Manon Tuckfeld (Gymnasien, Rechtsberatung), Jürgen Jäger (Schadstoffe, Umwelt), Bärbel Lambrecht (Schulpolitik), Joachim Barth (EBS), Stefan Reitz (Grundschule, Inklusion), Sigrid Rohleder (Grundschule, Inklusion), Arnold Spellerberg (WLZ, Gymnasien), Claudia Schneider (Förderschule, sozialpädagogische Fachkräfte), Franziska Conrad (Lehrerausbildung, Gymnasium) und Marion Beste. Marion möchte eine Gruppe der Pensionäre ins Leben rufen.

Die BerufsschulkollegInnen stellten eine Resolution zur geplanten Neugestaltung der Übergänge aus der Sek I der allgemeinen Schule in die Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung und zweijährige Berufsfachschule vor, die von der Mitgliederversammlung beschlossen wurde.

Zahlreiche Jubilare waren anwesend und wurden für ihre langjährige Mitgliedschaft in der GEW von Annette Franz und Christina Gerhardt geehrt. Giselheid Aschenbrenner, Christa Goebel und Friedel Beyer können sich über 50 Jahre Mitgliedschaft in der GEW freuen, Elisabeth Hartmann konnte gar für 55-jährige Mitgliedschaft geehrt werden. Den Jubilaren, die nicht an der Mitgliederversammlung teilnehmen konnten, haben wir ihre Urkunde zugeschickt.

Christina Gerhardt

Inklusion und Exklusion

Ein Widerspruch? - Auf den ersten Blick ja, aber in Bezug auf die Inklusion im hessischen Schulwesen sind das zwei Seiten einer Medaille bzw. der institutionell geregelte Widerspruch. Wir wollen uns das noch einmal vor Augen führen.

„**Exklusion**“ von behinderten, beeinträchtigten, störenden, kranken Kindern war in einem selektiven Schulsystem wie demjenigen in Deutschland bis vor wenigen Jahren die Norm und ein allgemein anerkanntes strukturelles, aber auch pädagogisches Prinzip. Die UN-Konvention („Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“), 2006 proklamiert, 2008 in Kraft getreten und 2009 von Deutschland ratifiziert, hat dieses Prinzip endgültig ad acta gelegt und fordert von allen Beteiligten ein verändertes Verständnis „sonderpädagogischer“ Arbeit - verbunden mit vielfältigen organisatorischen und pädagogischen Veränderungen von Schule, aber auch mit finanziellen Anstrengungen, z .B. für die Schulträger, die in Gebäude investieren oder unterstützende Maßnahmen ermöglichen müssen.

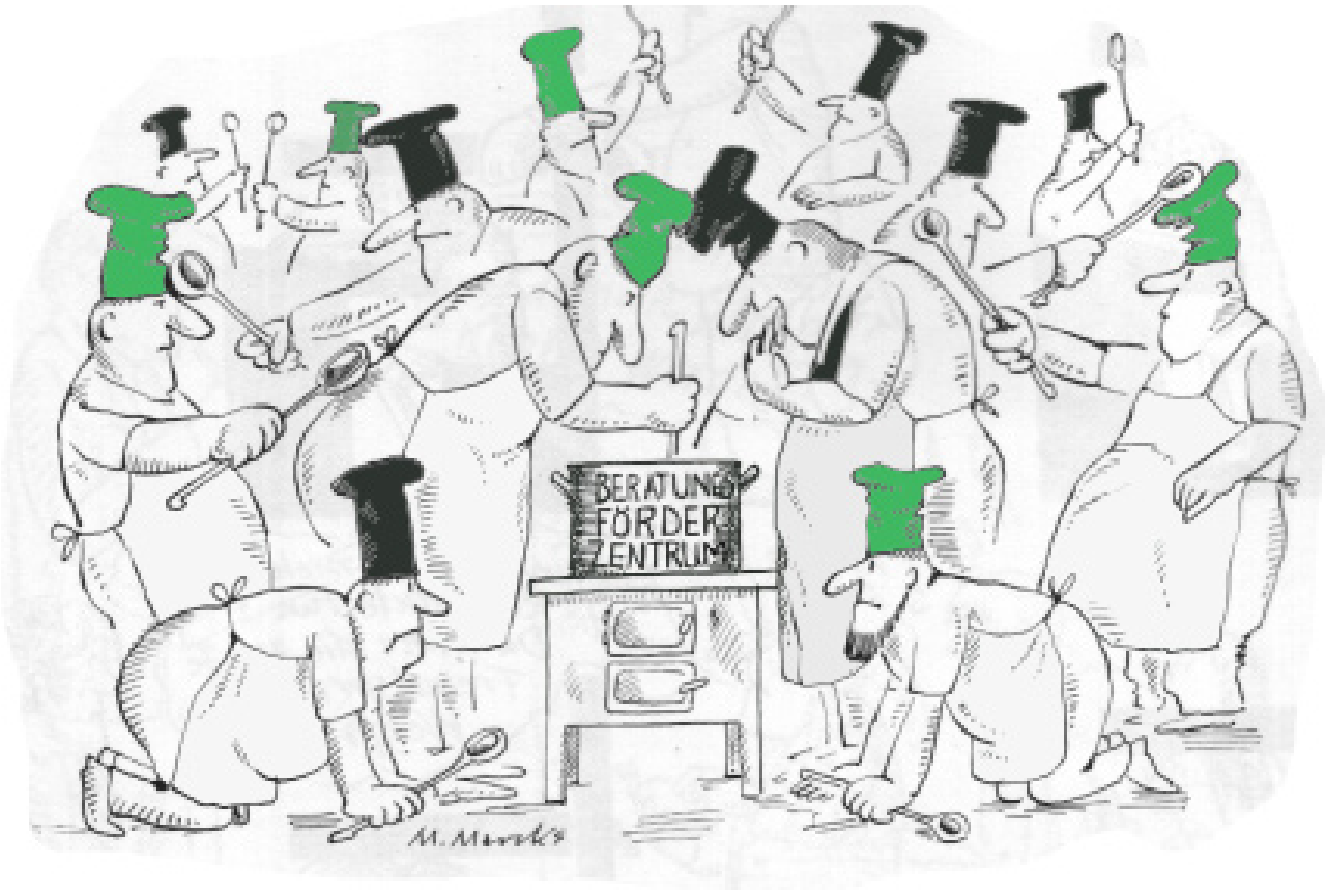
„**Inklusion**“ als pädagogisches Prinzip bezieht sich aber logischerweise auch auf die Arbeit derjenigen Lehrkräfte, die inklusiv arbeiten sollen und wollen. In Hessen gibt es eine lange gute Tradition dieser Arbeit, nämlich den „Gemeinsamen Unterricht“, den Vorläufer der Inklusion. Hier waren Förderschullehrkraft, Regelschullehrkraft und möglicherweise auch sozialpädagogische Fachkraft Teil eines Kollegiums, verbunden in ihrer täglichen Unterrichtsarbeit, denn Inklusion von beeinträchtigten Kindern bedingt die Inklusion von Fachkräften in das Regelschulsystem. So war es das allgemeine Verständnis.

Zu diesem Thema lohnt es, sich die Koalitionsvereinbarung zwischen der CDU und Bündnis 90/ Die GRÜNEN in Hessen näher anzusehen:

„CDU und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wollen, dass Förderschullehrer bei inklusiver Beschulung wieder fest dem Kollegium der allgemeinen Schule zugeordnet werden. So sind auch Doppelbesetzungen möglich. Hierfür ist eine Bündelung der Ressourcen für die inklusive Beschulung an allgemeinen Schulen notwendig.“ (aus dem Koalitionsvertrag, Zeile 1544-1572)

Was war zuvor passiert?

Im Mai 2012 war eine Verordnung in Hessen in Kraft getreten, die die Gestaltung, aber auch die personelle Versorgung der „inklusiven Beschulung“ neu regelte. Mit dem Ausbau der sogenannten „Beratungs- und Förderzentren“ (BFZ), allesamt Förderschulen, wurden und werden Lehrkräfte, die im Gemeinsamen Unterricht gearbeitet hatten, an die zu BFZ mutierten Förderschulen versetzt. Entsprechend bekamen neu eingestellte Lehrerinnen und Lehrer ihre Stelle ab sofort an diesen BFZ. Alle diese Lehrkräfte sind nicht mehr Teil des Regelschulkol-



legiums, sie werden vielmehr nach Bedarf an die Regelschulen abgeordnet, um flexibel eingesetzt zu werden. Ideologisch untermauert wird dies mit Aussagen wie beispielsweise derjenigen, man müsse eine „professionelle Distanz“ gegenüber dem Normalbetrieb der Schulen wahren.

Mittlerweile wird sogar schon eindringlich darauf hingewiesen, dass in der inklusiven Beschulung nicht unterrichtet, sondern nur beraten werden solle. Nimmt jemand etwa an Konferenzen der „allgemeinen Schule“ teil, wird schon das kritisch bewertet, ein Austausch über die eigene inklusive Arbeit soll vorrangig in den Regionalteams der BFZ erfolgen. Die Mehrbelastung, die durch Mitarbeit in den allerlei „Fachteams“, Regionalteams“ und Irgendwas-Teams unweigerlich entsteht, könne ja durch Reduzierung der Anwesenheit in der Klasse kompensiert werden.

Förderschullehrkräfte, die - wie sie es ja auch gelernt haben - u. a. unterrichten möchten, suchen mittlerweile für sich nach Lösungen. Sie ziehen häufig in Betracht, sich wieder an Förderschulen versetzen zu lassen, um diesem Spagat zu entkomme. Zugleich sind sie aber „eigentlich“ von Inklusion überzeugt – dieser ganze Ablauf allein ist Stoff für ein Trauerspiel.

Ein weiteres Beispiel dafür, dass in Hessen Inklusion und Exklusion tatsächlich zwei Seiten einer Medaille sind, entnehmen wir abermals dem Koalitionsvertrag:

„Bis zum Ende der Legislaturperiode streben wir an, die Voraussetzungen für die inklusive Beschulung insbesondere im Grundschulbereich so weit zu verbessern, dass möglichst kein Elternwunsch auf inklusive Beschulung mehr abschlägig beschieden werden muss. Dort, wo es von den Eltern gewünscht wird, werden wir das Förderschulsystem weiterentwickeln. „

Exklusion, weil Eltern dies wünschen? Kann das wortreich beschworene Menschenrecht auf Inklusion einfach auf diese Art ausgehebelt werden? Hier wäre eine fachliche Begründung doch außerordentlich interessant! Oder ist der Elternwille apodiktisch gesetzt und rangiert vor diesem Menschenrecht? Was dürfen Eltern im hessischen Schulwesen noch fordern? Was für Begehrlichkeiten können da entstehen?

Das Doppelsystem von Förderschule und Inklusion ist das denkbar teuerste - alles inzwischen wissenschaftlich bewiesen, aber man könnte hier auch den gesunden Menschenverstand bemühen. Beides kein Thema für unsere Regierung? Oder ist die politische Willensbekundung der Koalitionäre nicht eher der Vorbote einer Schulpolitik der Beliebigkeit?

Die Verfasserin, seit fast 37 Jahren im hessischen Schuldienst, ist nur ratlos, fragt sich, was man eigentlich noch tun muss, um ein Menschenrecht tatsächlich auch zu einem Recht im umfassenden Sinn werden zu lassen!

Katja Plazikowsky

Kommentar
Das schmeckt mir nicht!

Früher, als es noch den **Gemeinsamen Unterricht** von behinderten und nichtbehinderten Kindern gab und die Gruppengröße höchstens 20 Kinder umfasste, wurden diese gemeinsam von zwei Klassenlehrern unterrichtet und gefördert: einem Sonderschulpädagogen, der Verwaltungswissen und sonderpädagogisches Fachwissen und Praxis hatte, und einem Regelschullehrer mit seinem pädagogischen Fachwissen und seinen Fähigkeiten. Die beiden kannten die gemeinsame Klasse und konnten gemeinsam sofort auf Besonderheiten eingehen, sie konnten sogar ganz spezifisch und individuell vorbereiten, was allen zugute kam.

In den Zeiten der **Inklusion** unterrichtet der Regelschullehrer alleine mehr als 20 Schülerinnen und Schüler, behinderte und nicht behinderte. Der Sonderpädagoge - oder Förderschullehrer, wie er heute heißt - sitzt auf einem Stuhl daneben und schaut zu und gibt ab und zu dem Regelschullehrer einen Tipp, wie er einen behinderten Schüler „behandeln“ könne. Der Förderschullehrer fördert das Kind nicht mehr vor Ort in der Klasse. Er ist jetzt ein Verwaltungsmensch und sein Arbeitsplatz ist ein Schreibtisch im sogenannten Beratungs- und Förderzentrum. Er verwaltet den zu inkludierenden Schüler. Das sonderpädagogische Wissen und die Praxis werden dem Regelschullehrer auf die Schultern gepackt. Der ist jedoch schon voll gepackt mit zusätzlichen bürokratischen Aufgaben, kann von dem bisherigen „sonderpädagogischen Fachwissen vor Ort“ nur noch einen Teil - und den auch nur vermittelt - umsetzen. Da geht wertvolle und hilfreiche Praxiserfahrung verloren. Schlimm für das Kind! Es läuft nur noch am Rand mit den anderen mit, ohne die notwendige sonderpädagogische Betreuung und Förderung zu erfahren.

Draußen sitzt der ehemalige Sonderschulpädagoge und verteilt nur noch Ratschläge, die aber im Laufe der Zeit gar nicht mehr von Praxis genährt sind. Ratschläge, die nur auf Fachwissen beruhen, das nicht erprobt ist, sind unter Umständen nicht mehr die besten oder die praktikabelsten Ratschläge. Schade!

Das will keine Förderschullehrerin, kein Förderschullehrer, keine Regelschullehrerin und kein Regelschullehrer und die Schülerinnern und Schüler brauchen das erst recht nicht!

Steht auf und wehrt Euch!

Ute Eilers, Mutter von zwei behinderten Kinder, die beide noch den Gemeinsamen Unterricht durchlaufen haben

Meine Klasse und ich – Rückblick auf das erste Schulhalbjahr oder Inklusion live

Ein halbes Jahr ist es jetzt her, seit ich meine Klasse 5 in einer feierlichen Begrüßungsfeier übernommen habe. 16 Schülerinnen und Schüler, Haupt- und Realschüler gemischt. Zehn Jungen, sechs Mädchen - ein Traum, so dachte ich damals und freute mich auf das Schuljahr.

Sehr schnell wurde ich jedoch eines Besseren belehrt und auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt.

Es begann schon am ersten Tag damit, dass mich einer der Schüler fragte: „Wie geht denn nochmal das große F?“

Ich dachte zunächst, ich hätte mich verhört, aber tatsächlich wusste er nicht mehr, wie er diesen Buchstaben schreiben sollte. Also zeigte ich es ihm und dachte mir meinen Teil.

Fünf meiner Schüler haben einen Migrationshintergrund; ein Schüler wiederholt die Jahrgangsstufe 5, jetzt allerdings im Hauptschulzweig – er ist bereits im 7. Schulbesuchsjahr; ein Schüler ist zur Probe in der Klasse – er kommt von einer Förderschule und ein Schüler lebt erst seit kurzer Zeit in der Gegend – er ist im Kinderheim.

Bei Durchsicht der Schülerakten stellte ich fest, dass drei Kinder der Klasse bereits in der Grundschule ein Jahr wiederholt haben und sechs durch ein Beratungs- und Förderzentrum unterstützt wurden.

Nach einer ersten Kennenlernphase in der ersten Schulwoche begann der „reguläre Unterricht.“

Im Folgenden schildere ich exemplarisch den Verlauf einer Stunde.

Nach einer Wartezeit von ca. fünf Minuten sind die Kinder endlich ruhig und wir können uns begrüßen.

Die Hausaufgaben sollen besprochen werden. Verschiedene Kinder haben diese nicht erledigt, obwohl die Aufgaben im Hausaufgabenheft notiert und von mir abgezeichnet worden sind. Ich notiere die Namen in einer Liste und in meinem Notenbuch.

Unruhe entsteht. Klaus streitet mit Sven. „Halts Maul, du Hurensohn, sonst schlag‘ ich dir auf die Fresse!“ „Frau K., der Sven hat mich bedroht. Halt‘ selber das Maul, du…“.

In dieser Form und schlimmer beschimpfen sich die Schüler.

Ich muss eingreifen und die Streithähne zur Räson rufen. In der Zwischenzeit haben Hans und Dominik ebenfalls begonnen zu streiten. Der Lärmpegel steigt.

Einige Kinder versuchen, durch Zeigen des in der Grundschule gelernten „Flüsterfuchs“ die anderen zur Ruhe zu bringen - ohne Erfolg. Ich muss schreien, um mir Gehör zu verschaffen.

Endlich sind sie so ruhig, dass wir ein paar Aufgaben besprechen können.

Aylin und Fabienne hatten überhaupt nicht verstanden, was sie machen sollten, also erkläre ich die Aufgaben noch einmal. Während einer Übungsphase gehe ich in der Klasse umher, helfe und unterstütze.

Sieben der zehn Jungen brauchen eine gesonderte Aufforderung, damit sie überhaupt mit der Arbeit beginnen. Ich rede gut zu, lege die Hand auf die Schulter usw. Oftmals fangen sie trotzdem nicht an. Zwischendurch muss ich immer wieder ermahnen. Till ist heute wieder sehr anhänglich, ständig kommt er zu mir, um sich ein paar Streicheleinheiten abzuholen. Erst nachdem ich ihn in den Arm genommen habe, ist er zufrieden.

Klaus hat wieder kein Material dabei. Hefte, Stifte, Collegeblock – wenn er etwas dabei hat, ist es kaputt.

Sven, nimm das Lineal aus dem Mund! Klaus hör‘ auf, mit dem Stuhl zu kippeln! Sven, du sollst doch das Lineal aus dem Mund nehmen. Paul, setz dich ordentlich hin und hör‘ auf zu zappeln. Ernst, leg‘ dich nicht auf den Tisch. Pack‘ deine Sachen aus, fang‘ bitte endlich an zu arbeiten, dreh‘ dich nach vorne. Sven hör‘ auf, Stimmen zu machen wie im Zoo. Klaus, du sollst doch nicht kippeln. Ernst – hier wird kein „Hitlergruß“ gezeigt, das wird Folgen haben. Die Litanei nimmt kein Ende.

„Die Hausaufgaben stehen an der Tafel. Schreibt sie bitte in euer Hausaufgabenheft!“ Nachdem ich das gesagt habe, fragen mindestens vier Schüler, ob sie Hausaufgaben hätten. Ich deute ruhig mit der Hand zur Tafel.

Nach gefühlten endlosen 45 Minuten ertönt der Gong. Wenn ich Glück habe, konnte ich einigen Kindern in der Stunde etwas Neues beibringen. Wie sie das aushalten und nebenbei noch lernen – ich weiß es wirklich nicht. Meine „Braven“ sind wirklich nur zu bewundern.

Manchmal habe ich zwei Stunden hintereinander in meiner Klasse. Ich lasse die Kinder in der Fünfminutenpause selbstverständlich hinaus, damit sie eine Runde rennen können. Manchmal muss ich auch während der Stunde eine „Turnübung“ machen, damit sie wieder einigermaßen still sitzen können. Wei-

tere 45 Minuten im oben beschriebenen Stil, dann ist große Pause.

Nach weiteren fünf Minuten, in denen die Kinder mir dies und das erzählen, gehe ich zum Lehrerzimmer. Kaum dort angekommen, steht auch schon ein Kollege bei mir, um mir von meiner „schlimmen“ Klasse zu berichten. Zwei weitere kommen dazu. Ich verspreche den Kollegen, sie zu unterstützen, biete an, dass sie mir Schüler, die ihren Unterricht zu sehr stören, schicken können. Schon ist die Pause wieder vorbei.

Das Ergebnis: Sehr häufig habe ich die „Spezis“ aus meiner Klasse bei mir sitzen, weil sie in Religion oder Musik wieder „aufgedreht“ haben, so dass Unterricht nicht möglich war.

Mitten im Halbjahr kommen zwei neue Schülerinnen. Weitere „Problemfälle“: das Heimkind Cheyenne-Chantal und Sonja, die in ihrem jungen Leben bereits zehnmal umziehen musste und unterschiedlichste Schulen besucht hat.

Auf meinem Platz liegt ein Zettel: Cheyenne-Chantal hat Läuse.

Mehrfach kommt sie in die Schule und fehlt dann wieder. Das Heim bekommt die „Tierchen“ nicht in den Griff.

Cheyenne - völlig überfordert in der Schule - verlässt uns kurze Zeit später wieder. Sie hatte sich trotzdem gut bei uns eingelebt und wird gebührend verabschiedet.

Am nächsten Tag erzählt mir Katja, eine liebe und ruhige Schülerin, dass Sven ihr eine Backpfeife gegeben habe, obwohl sie gar nichts gemacht habe. Auf meine Frage nach ihrer Reaktion antwortet sie, sie habe ihn gebeten, das zu lassen. „Wie hat Sven dann reagiert?“ Katja: „Er hat mir noch eine Backpfeife gegeben.“

Ich bin entsetzt und bewundere dieses kleine Mädchen, das so ruhig spricht, als wäre nichts geschehen. Die erste Klassenkonferenz wird einberufen. Kurze Zeit später gibt es eine zweite, weil Sven wieder zugeschlagen hat. Er lasse sich nicht provozieren, ist sein Argument.

Gespräche mit der Mutter; Gespräche mit den Sozialarbeitern, die meine Klasse als „Notfall-Klasse“ einstufen sowie den BFZ-Kräften; Besuch der Schulpsychologin „anleiern“; Gespräche mit anderen Eltern, um sie zu beschwichtigen oder auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen; Anträge schreiben; Fragebögen ausfüllen; Förderpläne schreiben; mit dem Kinderheim telefonieren; Elternnachmittag organisieren; kurz vor Weihnachten Sonja verabschieden, sie muss schon wieder umziehen …

Nebenbei „normalen“ Unterricht in den anderen Klassen machen; Tests konzipieren und korrigieren; Hefte kontrollieren und bewerten; Noten ermitteln; den Kindern immer wieder das Gefühl vermitteln, dass man sie mag, auch wenn man mal schimpfen muss …

Kurz vor Weihnachten bin ich total am Ende. Und das ist nur mein Berufsleben. Der Stress im Privaten kommt noch hinzu. Zum Glück gibt es bald Ferien.

Meine Mädels holen mich immer freudestrahlend vor dem Lehrerzimmer ab. „Gut, dass Sie da sind!“, sagt Fabienne. Umringt von einem Schwarm Kinder (ich fühle mich manchmal wie der Rattenfänger von Hameln) – alle wollen kurz gedrückt werden – gehen wir zur Klasse. „Auf ein Neues“, denke ich mir und begrüße meine Kinder.

Am letzten Tag vor den Weihnachtsferien überreichen sie mir eine Karte, Plätzchen und selbstgebastelten Weihnachtsschmuck – alles liebevoll verpackt. Irgendwie ist sie eben doch goldig, meine Klasse.

Und doch kann ich alleine nicht allen Kindern gerecht werden. Offiziell ist meine Klasse keine Inklusions-Klasse, aber der beschriebene Alltag zeigt deutlich, dass ich mehrere Kinder habe, die eine spezielle Betreuung benötigen.

Zwei meiner Jungs wären mit Sicherheit an einer Förderschule besser aufgehoben. Leider kann die zuständige Schule derzeit keine Schüler aufnehmen, da sie die räumlichen Kapazitäten nicht besitzt und Baumaßnahmen im Gange sind. Also bleiben auch sie bei mir.

Heute habe ich Ernst zu mir an das Pult gesetzt, damit er sich nicht mehr mit Sven streiten kann. Sofort melden sich mehrere Kinder zu Wort, auch sie möchten gerne neben mir sitzen.

Was eigentlich als „Bestrafung“ gedacht war, entpuppt sich als scheinbare Belohnung für die Kinder. Till kommt schon wieder und möchte knuddeln.

Dieses Verhalten zeigt deutlich, was den Kindern m. E. heutzutage oftmals fehlt.

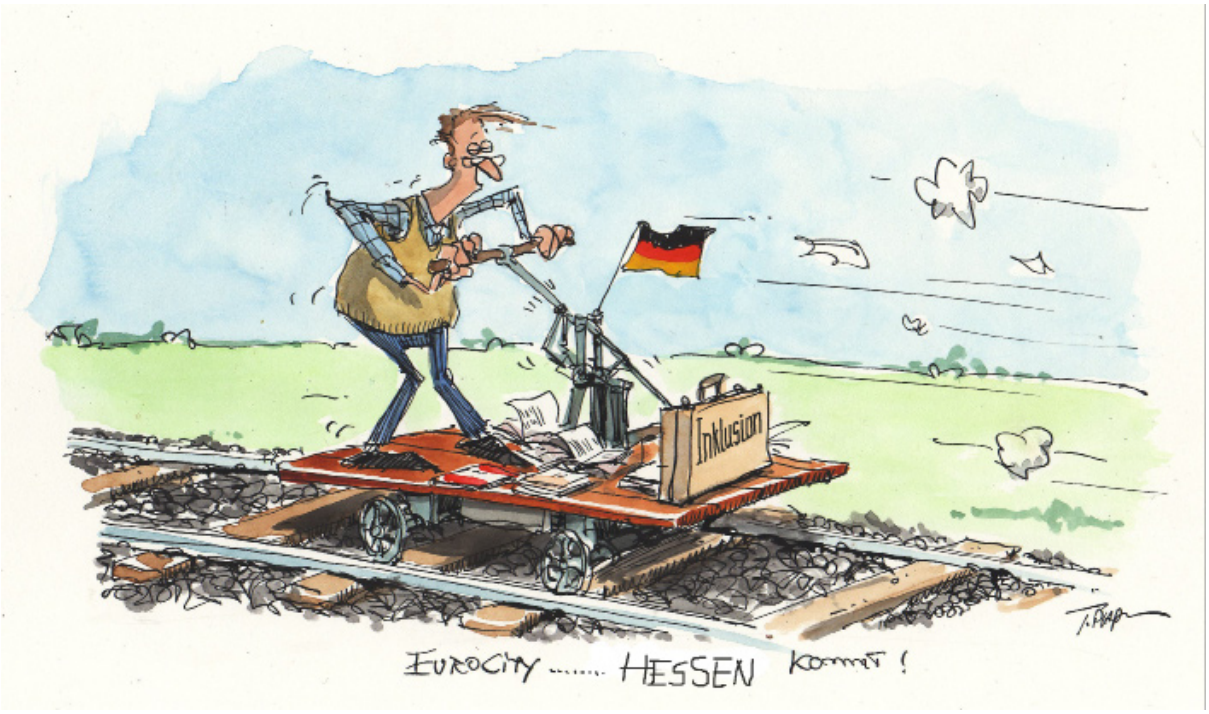
Ich bin keine ausgebildete Therapeutin, keine Sozialpädagogin und auch keine Förderschullehrerin.

Ich wurde zur Haupt- und Realschullehrerin ausgebildet. Das Niveau, das heute in Haupt- und Realschulklassen herrscht, ist aber mit dem von vor zehn Jahren längst nicht mehr vergleichbar.

Inklusion kann ohne Zweifel eine Bereicherung sein, wenn die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Ansonsten bleiben nicht nur die Kinder auf der Strecke!

Wenn Inklusion erfolgreich sein soll, muss ständig ein Sozialpädagoge/-arbeiter oder ein zweiter Kollege (team-teaching) im Unterricht anwesend sein.

Gabriele Körber



Schulleben einer Türkischlehrerin

Etappen meines Lebens

Als die Sommerferien zu Ende gingen, kam der Lehrer mit seiner Familie zurück. Sie hatten die Sommerferien in ihrem Dorf verbracht, das ein paar Dörfer entfernt von unserem lag. Ihre Rückkehr war für die Schüler und ihre Eltern das Zeichen, dass die Schule am nächsten Montag begann. Die Erwachsenen sprachen darüber, dass auch ich zu diesem Jahrgang gehörte, der jetzt eingeschult wurde.

Dann begann die Schule. Es war still im Dorf, es gab keine Kinder mehr auf den Straßen. Aber weder meine Eltern, Großeltern, Onkel noch die Tanten sagten mir, dass ich in die Schule gehen solle. Niemand in meiner Großfamilie fühlte sich für mich verantwortlich.

Der Montag ging langsam zu Ende, und ich war immer noch nicht angesprochen worden. Am nächsten

Tag wurde ebenfalls nichts gesagt. Ich dachte langsam, dass ich für meine Familie gar nicht existierte, und war sehr enttäuscht. Ich war unbeschreiblich traurig. Die anderen Kinder gingen schon seit zwei Tagen zur Schule, und ich blieb zu Hause.

Am Mittwoch stand ich früh auf, mit der Hoffnung, dass jemand mich ansprechen würde. Ich selbst kam nicht auf die Idee, meinen Vater einfach zu fragen. Aber nichts geschah. Meine Eltern gingen wie gewöhnlich auf das Feld arbeiten. Meine Großeltern und wir Kinder blieben zu Hause. Meine Hoffnung gab ich auf, dass ich von einem Erwachsenen meiner Familie in der Schule angemeldet werden würde.

Ich beschloss, das selbst in die Hand zu nehmen. Es war ein angenehm warmer Tag. Ich wollte schön aussehen und wusch meine Haare. Dadurch war mein Kleid vom Kragen bis zur Taille nass geworden. So ging ich dann in die Schule, ohne jemandem Bescheid zu geben.

In der Schule war gerade Pause. Alle Kinder waren auf dem Schulhof. Sie spielten, rannten herum und redeten miteinander. Ich stellte mich neben das Schultor, damit man mich sah. Es dauerte auch nicht lange. Ein paar Schüler entdeckten mich und rannten schreiend durch den Garten ins Schulgebäude.

„Zeynep ist gekommen! Noch eine neue Schülerin!“, riefen sie.

Ein paar Minuten später kamen die Schüler zu mir zurück. Sie ergriffen meine Hände und zogen mich zum Lehrer, der im Klassenzimmer saß. Vor dem Lehrer ließen sie mich los.

Er stellte mir ein paar Fragen. Dann sagte er: „Du bist schulreif. Wenn du willst, kannst du gleich bleiben!“

Ich blieb im Klassenraum mit dem Gefühl eines Menschen, der etwas Großes erreicht hatte.

Als die Schule aus war, ging ich mit den anderen Kindern bis zu uns nach Hause. Ich saß auf der Terrasse und wartete auf meine Eltern. Meine Eltern kamen am Abend vom Feld zurück. Ich erzählte meinem Vater sofort, dass ich in der Schule gewesen war und mich angemeldet hatte.

„Das hast du gut gemacht!“, sagte er, als ob es die normalste Sache der Welt gewesen wäre. Ich war überrascht und verblüfft. Ich hätte gern eine Erklärung von meinem Vater gehabt, warum er mich nicht selbst angemeldet hatte. Aber ich selbst hatte ihn auch nicht bitten können, mich anzumelden. Ich hatte nicht gewusst, wie ich es ihm hätte sagen können.

Viele Jahre später, längst war ich selbst Lehrerin für die Grundschule in der Türkei geworden, erfuhr ich von einer Ausschreibung. Es gab die Möglichkeit, als Türkischlehrerin im Ausland arbeiten zu können. Nach einigem Zögern bewarb ich mich. Ich erfüllte die Voraussetzungen: seit sechs Jahren im Schuldienst und gute Beurteilungsnoten. Nach unserem Sommerurlaub mussten mein Mann und ich nach Ankara fahren. Dort angekommen, gingen wir zum Kultusministerium. Die Prüfungsergebnisse standen schon an der Wand. Wir fanden meinen Namen in der Liste auf dem 136. Platz von 160 Personen, die die Prüfung bestanden hatten. Es war eine Erleichterung, ein Erfolg, dass ich die Prüfung bestanden hatte, obwohl ich die ganze Urlaubszeit nicht daran gedacht hatte. Am dritten November 1979 stieg ich in Istanbul zum ersten Mal in meinem Leben ins Flugzeug, um allein ins Ausland zu gehen, nach Deutschland.

Meine Schulleiterin bestellte mich für Donnerstag, den 16.01.2014, für die erste Pause in ihr Büro. Mein Nachfolger, der neue Kollege aus der Türkei, kam mit mir. Im Büro der Schulleiterin stand auch schon die Schulpersonalrätin mit einem Umschlag in der Hand, um mich verabschieden. Nach fünf Minuten verließen mein Kollege und ich schon wieder das Büro, um in eine andere Schule zu gehen. Dort hatten wir nämlich noch Unterricht.

Als der Unterricht anfing, verteilte ich schnell die Arbeitsblätter. Dann duften sich die Schüler eine Süßigkeit aussuchen. Kurz danach sagte ich meinem Kollegen, dass meine Zeit im Schuldienst abgelaufen sei. Er wollte mich unbedingt mindestens bis zur Klassentür begleiten. Ich versuchte seine Gefühle an seinem Gesicht abzulesen: Trauer, Wertschätzung, Enttäuschung, Schock! Ich konnte sie nicht definieren. Er sagte noch mal durch die Klassentür: „Ich möchte Sie bis zum Schultor begleiten. Aber ich kann die Schüler nicht allein lassen.“

Ich antwortete ihm: „Ich weiß.“ Ich wusste auch, dass es mein letzter Tag in der Schule war, dass mein Berufsleben zu Ende war. Und ich ging.

Zeynep Dogmaz

Uran und perfluorierte Tenside im Trinkwasser

Auf einer Tagung hat unser Kollege Jürgen Jäger, Schadstoffbeauftragter der GEW-Hessen, einen Vortrag über das Problem von Uran und perfluorierten Tensiden im Trinkwasser gehalten. Auf diese Frage ist die Öffentlichkeit auch von anderer Seite her aufmerksam gemacht worden. Im Folgenden drucken wir Auszüge aus dem Vortrag von Jürgen Jäger nach dem in der Zeitschrift „umwelt-medizin-gesellschaft“, Ausgabe 3/2013, veröffentlichten Text. Die vollständige Fassung kann bei www.igumed.de unter Veranstaltungen als PDF-Datei genutzt werden. (as/Red)

Jäger „wies darauf hin, dass es für krebserregende Stoffgruppen keine Grenzwerte gibt, denn diese sind für einen gesunden Mann, 35 Jahre alt, 170 cm groß und 70 kg schwer, gültig.

Für Kinder ist Uran im Trinkwasser äußerst gesundheitsschädigend, insbesondere für die Nieren. Uran ist im Phosphat-Dünger enthalten, und hier werden jährlich ca. 167 Tonnen auf die landwirtschaftlichen Böden in Deutschland aufgebracht. Eine technische

Möglichkeit, das giftige Uran aus dem Dünger zum großen Teil zu entfernen, besteht zwar, wird aber aus Kostengründen nicht umgesetzt. Das Uran kommt durch Versickern im Erdreich und Ausschwemmen durch Regen in die Flüsse zusammen mit anderen Gift- und Schadstoffen über die Wasserwerke in die Trinkwasserversorgung.

Perfluorierte Tenside (PFT) sind eine Alltags-Chemikalie und so kommen sie in Kleidung, Haushaltsgerätschaften und Industrieprodukten verstärkt zum Einsatz und zur Verwendung. PFT wurden als Bodenverbesserer in der Landwirtschaft großflächig in der Bundesrepublik verbracht mit dem Ergebnis, dass die Wasserwerke zum Teil einen erhöhten PFT-Wert im Trinkwasser hatten. Da PFT nicht zu den Untersuchungsparametern des Trinkwassers gehört, wurde es lange Zeit unbemerkt in die Trinkwasserversorgung eingeleitet.“

Keine Bundeswehr auf der Ausbildungsmesse und erst recht nicht an Schulen

Am 11. und 12. März fand wie in jedem Jahr die Ausbildungsmesse mit 71 Unternehmen in den Rhein-Main-Hallen in Wiesbaden statt. Veranstalter sind IHK, Handwerkskammer Wiesbaden, Kreishandwerkerschaft Wiesbaden-Rheingau-Taunus und Agentur für Arbeit. Schülerinnen und Schüler können sich über gut 350 Berufe informieren. Eines dieser Unternehmen ist das „Bundeswehr Karrierecenter Mainz“. Der Deutsche Gewerkschaftsbund Wiesbaden-Rheingau-Taunus hat gegen den Teilnehmer Bundeswehr mit einer Flugblattaktion protestiert und zum diesjährigen Ostermarsch für eine „Welt ohne Krieg, Militär und Gewalt!“ aufgerufen.

AUCH SCHON GEMERKT?

Mit Auftritten an Schulen und Ausbildungs- oder Jobmessen will die Bundeswehr Jugendliche für den ‚Dienst mit der Waffe‘ gewinnen, für militärisches Denken und Handeln. Dabei nutzt man die wachsende Perspektivlosigkeit aus. Während immer mehr Jugendliche von Ausbildungsplatzmangel, Leiharbeit, oder Hartz IV bedroht oder sogar betroffen sind, verspricht die Bundeswehr gute Bezahlung und einen sicheren Arbeitsplatz und versucht gezielt, junge Menschen zu ködern.

Dass ‚Bundeswehr‘ vermehrt ‚Kriegseinsatz‘ bedeutet, fällt in geschönten Werbeauftritten oft hinten runter. SoldatInnen müssen bereit sein, auf Befehl zu töten. Auch gehen sie ein hohes Risiko ein, selbst getötet oder Opfer traumatischer Erlebnisse zu werden.

Die Neutralität von Schule und Ausbildung wird hierbei ebenso verletzt, wie der Bildungsauftrag zur Friedenserziehung laut Landesverfassung und Grundgesetz. Das Schulgesetz schreibt vor, dass Schule zur Friedensgesinnung erziehen soll. Dafür sind die ausgebildeten LehrerInnen selbst am besten geeignet. Jugendliche haben ein Recht auf eine Zukunft ohne Krieg und auf ein Leben in Frieden.

Militärs haben an Bildungseinrichtungen und Arbeitsämtern nichts zu suchen. Wir wollen keine offene oder verdeckte Werbung an Schulen oder auf Ausbildungsmessen. Auch werbende Abenteuerfreizeiten mit Technikfaszination und einem geschönten Bild vom Leben als Soldat missbrauchen die Unerfahrenheit von jungen Menschen.

„Der DGB Hessen-Thüringen positioniert sich gegen jegliche Einflussnahme der Bundeswehr auf öffentliche allgemeinbildende und berufsbildende Schulen sowie Hochschulen (ausgenommen Bundeswehruniversitäten) und andere Bildungseinrichtungen.“

(Beschluss der DGB-Bezirkskonferenz vom 25.01.2014)

Krieg ist keine Lösung

DGB

V.i.S.d.P.: DGB Kreisverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus, Bahnhofstr. 61, 65185 Wiesbaden, www.dgb-wiesbaden.de

Für eine Welt ohne Krieg, Militär und Gewalt!

Mainz-Wiesbadener Ostermarsch findet dieses Jahr turnusgemäß in Wiesbaden statt:

Karsamstag, 19. April 2014

Auftaktkundgebung: 10.30 Uhr, Hauptbahnhof Wiesbaden
Schlusskundgebung mit Kulturprogramm:
12.30 Uhr, Mauritiusplatz
Musik: Strohfeuer Express

Das Flugblatt inklusive Aufruf, Route und aufrufenden Organisationen findet sich hier:
http://ostermarsch-mz-wi.de/

Rock in der Carl-von-Ossietzky-Schule

Foto: Ulrike Teske-Spellerberg

In Wiesbaden gibt es viele neue Rockbands. Bei der „Klarenthaler Rocknacht“ am 2.10.2013 spielten in der Carl-von-Ossietzky-Schule die beiden Schulbands „Drivin September“ und „Soultrees“ sowie die Wiesbadener Band „Feiertag“. Die Schule hatte die Rocknacht ausgerichtet. Bei dem „Tag der offenen Tür“ der Carl-von-Ossietzky-Schule am 25.1.2014 waren abermals die Schulbands unter sehr großem Beifall zu hören. Das Bild zeigt die im September 2012 gegründete Rockband „Drivin September“ kurz vor dem Auftritt in der Carl-von-Ossietzky-Schule. Von links: Tabea Spellerberg (guitar), Damian Chlopecki (vocals), Carla Spellerberg (drums), Kaja Bujok (bass). Kontakt zur Band: facebook.com/officialdrivinseptember und You Tube: officialdrivinseptember. (as/Red.)

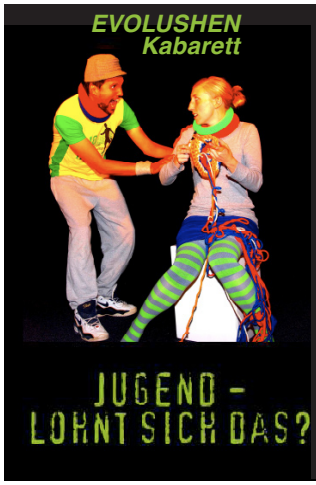
EBS-Casting auf der Titanic, da geht man unter!

Die European Business School (EBS) war wiederholt Gegenstand der Berichterstattung, nicht nur in der WLZ, sondern kürzlich auch in der FAZ.

Wir freuen uns, heute auf den „Open Day“ der EBS am 29.3.2014 im feudalen Stammsitz in Oestrich-Winkel und zugleich in der „Law School“ in der Nähe des Wiesbadener Hauptbahnhofes hinweisen zu können. Da geht man hin. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen in angemessener Kleidung. Anzüge aller Art – gerne auch historische Kostüme – können in der Theaterrequisite Wiesbaden ausgeliehen werden.

Info unter: EBS-Activities Ultd., www.titanic.com und Amadeus Dudelsack, wlz-press.

Foto: Alexander Spohr



Eine bittersüße Satire in 10 Bildern

Jugend heute. Für viele ein Raum ohne Türen. Streben soll sie, aber wohin? Hoffen soll sie, aber worauf?

Und die, die sie dabei anfeuern sollen, die das beruflich tun, denen fällt oft auch nichts mehr ein. Was hätte Lehrer Dr. Specht getan? Wie hätte er geholfen? Meine Güte, ihm wär bestimmt was eingefallen. Lehrer als pädagogische Schimanskis oder Professor Brinkmanns zugleich.

Das System findet nicht so richtig Verwendung für sie. Der richtige Zuschnitt ist nicht erfolgt.

Jugend in Europa. Da entlädt sich möglicherweise irgendwann Zorn, die Gesellschaft frisst ihre Kinder.

Jugend lohnt sich das überhaupt noch? Wir gehen dieser Frage in unserem Stück nach.:

01.Mai und 04.Mai 2014,
19.30 h
Kulturpalast, Saalgasse 36,
Wiesbaden